

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher
Tageblatt Riesa.
Hermann R. 20.
Postfach R. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachnummer
Dresden 1330.
Verleger
Riesa R. 22.

Nr. 138.

Mittwoch, 17. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 50 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; selbstaubender und tabellarischer Satz 50%. Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertücht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hoffmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Regierungskrise vorläufig behoben.

Die Einberufung des Haushaltsausschusses ebenfalls abgelehnt. Verständigung mit den Sozialdemokraten.

Berlin. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Reichsrats des Reichstags wurde ein kommunistischer Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses gegen die 225 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt. Die Sozialdemokraten stimmten gegen den kommunistischen Antrag, nachdem sie auch darauf verzichtet hatten, einen eigenen Antrag gleichen Inhalts einzubringen.

Die Gründe für die Haltung der SPD.

Berlin. Zu dem im Gegensatz zu ihrer Stellungnahme gefassten Beschluß der SPD, gegen eine Einberufung des Reichstages zu stimmen, nimmt die Nationalliberale Korrespondenz in einem „Die neue Lage“ überschriebenen Artikel noch einmal ausführlich Stellung. Es wird darin auf die Besprechungen zwischen dem Abgeordneten Dingeldey und dem Reichskanzler Brüning im Schloßgarten zwischen Berlin und Hannover hingewiesen, die am Montag fortgeführt wurden, sowie auf die darauf erfolgte parteiamtliche Erklärung der SPD, in der es hieß, daß über die zu ergreifenden Maßnahmen volles Einverständnis zwischen dem Kanzler und dem Parteiführer hergestellt worden sei. Die Reichstagsfraktion sei also zu der Auffassung gelangt, daß mit diesen Erklärungen tatsächlich eine neue Lage geschaffen worden sei. „Damit“ — so fährt die Korrespondenz fort — „ist der Reichskanzler aus der unhaltbaren Lage gelöst worden, in die er sich durch die Rotverordnung begeben hatte. Das Kabinett muß durch Gewinnung neuer und bedeutender Männer ein neues Gesicht erhalten, es muß befähigt werden, ein Höchstmaß von Aktivität und Autorität zu entwickeln, um im Innern Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und nach außen verhandlungsfähig zu sein. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei vertritt darauf, daß die Abmachungen, die ihr Führer mit dem Reichskanzler getroffen hat, alsbald in Laten umgesetzt werden. Führung und Vertrauen, das sind die Begriffe, auf die es jetzt ankommt.“

Die SPD. begründet ihre Haltung.

Berlin. Ueber ihre am Dienstag abgehaltenen Sitzungen gibt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Bericht heraus, in dem es heißt, daß die Fraktion zunächst beschlossen habe, die Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstages zu verlangen, um dort die Möglichkeiten der Verbesserung der Rotverordnung zu prüfen. Nach der ersten Sitzung des Reichsrates am 12. Juni gab der Reichskanzler den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion Erklärungen zur Rotverordnung ab, aus denen hervorging, daß die Reichsregierung bereit ist, bei den Ausführungsbestimmungen für dieilderung von Härten Sorge zu tragen. Von entscheidender Bedeutung für die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion war eine weitere Erklärung des Reichskanzlers, er sei bereit, unter der Voraussetzung, daß das Finanzamt Gesamtergebnis nicht gefährdet werde, die Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion fortzusetzen. Er sei auch gewillt, im gegebenen Zeitpunkt die Einberufung des Haushaltsausschusses anzustimmen und an seinen Arbeiten mitzuwirken. Angesichts dieser Erklärungen fasste die sozialdemokratische Reichstagsfraktion folgenden Beschluß: Nachdem die Regierung sich zur alsbaldigen Aufnahme von Verhandlungen zur Änderung der Rotverordnung bereit erklärt hat, nimmt die sozialdemokratische Fraktion von der Einberufung des Haushaltsausschusses angesichts der drohenden Finanz- und Wirtschaftslage im gegenwärtigen Zeitpunkt Abstand.

Haushaltsauschuss in der 2. Hälfte des August.

Berlin. Zu der offiziellen Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verläutet von unerrätlicher Seite, daß mit derilderung von Härten bei den Ausführungsbestimmungen zur Rotverordnung in erster Linie die Frage der jugendlichen Arbeitslosen gemeint ist. Hier hat sich der Reichskanzler bereit erklärt, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten ilderungen einzutreten zu lassen. Weiter hat er sich bereit erklärt, das Problem der Saisonarbeiter im Laufe des Sommers mit Vertretern der Gewerkschaften und der Parteien noch einmal zu überprufen. Die Fassung Dr. Brüning's, daß im gegebenen Zeitpunkt der Haushaltsauschuss des Reichstages Gelegenheit bekommen soll, sich mit der Rotverordnung zu beschäftigen, bedeutet

Die österreichische Regierung zurückgetreten.

Wien, 16. Juni. Auf den Rücktritt des Ministers Winkler hin wurde der in Urlaub weilende Generalsekretär Baugoin verhandelt, der am Nachmittag im Auto in Wien eintraf. Sofort nach seinem Eintreffen trat der Ministerrat zu einer kurzen Sitzung zusammen, in der beschlossen wurde,

dem Bundespräsidenten den Rücktritt des Gesamtkabinetts bekanntzugeben. Wie es heißt, wird Bundeskanzler Dr. Ender mit dem Veruche betraut werden, eine neue Regierung zu bilden. Der Ministerrat war um 17.30 Uhr zu Ende.

Die Stellungnahme der Reichsregierung zur Frage der Einberufung des Reichstages.

Berlin. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung gab Staatssekretär Dr. Wünder vor den entscheidenden Abstimmungen folgende Erklärung ab: Die Reichsregierung hat kein Mittel unversucht gelassen, alle in Betracht kommenden politischen Gruppen des hohen Hauses von den unheilvollen Folgen einer einseitigen vorzeitigen Einberufung des Reichstages zu überzeugen. Den eindringlichen Ausführungen der Reichsregierung u. Reichsbankpräsident habe ich daher nichts hinzuzufügen. Lediglich hinsichtlich der Rotverordnung vom 6. d. Mts. habe ich auftragsgemäß folgendes zu wiederholen:

Wenn die Reichsregierung an den Reichsrat den vaterländischen Appell richtet, auf die vorzeitige Einberufung des Reichstages zu verzichten, so ist dieses Verlangen der Reichsregierung nicht bedingungslos. Die Reichsregierung will ja der Frage, ob die Rotverordnung abänderungs- und verbesserungsbedürftig ist, in diesem Augenblick noch nicht Stellung nehmen. Sie widersetzt sich aber solchen Vorschlägen keineswegs, soweit dadurch Zweck und Ziel der Rotverordnung nicht beeinträchtigt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wäre aber die sofortige Einberufung des Reichstages das ungeeignetste Mittel. Wohl könnte sich dann nach aller Wahrscheinlichkeit eine Mehrheit für Aufhebung der Rotverordnung oder jedenfalls wesentlicher Teile derselben, aber mit aller Bestimmtheit keine Mehrheit für positive Verbesserungen. Die Reichsregierung muß deshalb daran festhalten, daß solche Änderungen der Rotverordnung mit Sorgfalt vorbereitet werden. Auftragsgemäß darf ich in dieser entscheidenden Stunde nochmals betonen, daß die Reichsregierung hierbei zu positiver Mitarbeit absolut bereit ist. Sie wird sich mit den arbeitstüchtigen Gruppen des Reichstages daran bemühen, formalisierte Verbesserungs-vorschläge vorzubereiten, für die eine Mehrheit in diesem hohen Hause gewiß wäre. Diese Verbesserungs-vorschläge würden dann als Gesetzesnovelle zur Rotverordnung in der Ostober-tagung des Reichstages ihre parlamentarische Gelteidung finden können und müssen.

Jeder andere Weg führt nach reiflicher Prüfung der Reichsregierung zu keinem positiven Ergebnis. Das mit Bestimmtheit zu erwartende negative Ergebnis löst ein jeglicher Reichstagsübertragung würde aber auf anderen Seiten. Über die Reichsregierung und Reichsbankpräsident in den erwähnten politischen Besprechungen keinen Zweifel gelassen haben, von den unheilvollen Folgen begleitet sein. Diese mit zu verantworten, steht sich die Reichsregierung nicht an. In ihrem Antzage habe ich daher die Erklärung zu wiederholen, daß die Reichsregierung einen Beschluß des Reichsrates auf Einberufung des Reichstages mit ihrer Demission beantwortet würde.

Das Echo der Kritik in Berliner Mätern.

Berlin. Zur Lösung der Krise, die durch die Beschlüsse des Reichsrates, daß weder der Reichstag noch der Haushaltsauschuss einberufen werden, herbeigeführt wurde, nehmen die Berliner Mätern ausführlich Stellung. Die „Germania“ sagt, die heftige Krise habe gezeigt, daß bei dem furchtbaren Ernst der politischen und

wirtschaftlichen Lage der deutschen Politik eine ähnliche Belastungsprobe wie die der letzten Tage mutwillig nicht mehr zugemutet werden könne und dürfe. Sehr viel sei für die nächste und entscheidende Phase der Reichspolitik gewonnen, wenn diese Erfahrung nun die politischen Handlungen der Parteien bestimme. Man werde in nicht langer Zeit die oberballe Selbstbestimmung, die sich die Reichsparteien auferlegt hätten, als eine handvollige Tat räumen, die in entscheidender Stunde das deutsche Volk vor dem Abgleiten in das Chaos bewahrt habe. — Die D. N. Z. betont, die Deutsche Volkspartei werde sich ihrer veränderten Haltung nur räumen dürfen, wenn sie innerhalb der nächsten acht oder vierzehn Tage sagen könne, daß die Kabinettsumbildung vollzogen sei. Die Volkspartei werde in ihrer Wählerchaft einen schweren Kampf zu bestehen haben, aber dessen Ausmaß sie sich keinen Illusionen hingeben sollte. — Die B. Z. berichtet, daß sich der Reichskanzler in seinem Kabinett mit den Parteien der Mitte und der Linken wider Erwarten gut durchgeht und seine persönliche Autorität in parlamentarischer Sinne damit zweifellos erheblich gestärkt habe. — Der Sozialist hebt hervor, daß die Sozialdemokratie bei dem Verhandlungskampf des gestrigen Tages Erfolg erzielt habe, die durch neue scharfe Kämpfe in baldiger Zukunft ausgebaut werden müßten. Brüning habe einlenken. Dadurch sei die Krise vermieden worden. — Die Deutsche Tageszeitung spricht von einer vertanen Krise. Wenn der Reichskanzler den wohlmeinenden Rat seiner Freunde zur rechtzeitigen Vereinnahmung des Kabinetts annehmen würde, hätte er eine gewisse Peruhigung im Volk geschaffen und wäre schließlich nicht in eine so starke Abhängigkeit von der Sozialdemokratie gekommen, wie es nun leider der Fall sei. So habe der Kanzler mit der Starrköpfigkeit eines romantischen Heroismus für die Solidarität der Regierung gegen die Volkstimmung gekämpft, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. — Der Sozialist sagt, die Angst vor Neuwahlen habe Brüning noch einmal auf ganzer Linie Sieger werden lassen. Ob er dieses Sieges recht froh werde, müße bezweifelt werden, da er alsbald werde erkennen müssen, daß auch die neue Rotverordnung ein völlig untaugliches Mittel zur Rettung von Volk und Wirtschaft darstelle. — Die Deutsche Zeitung schreibt, das Kabinett Brüning habe nicht den geringsten Grund, sich des errungenen Sieges zu freuen. Es habe die einseitige Prüfung seiner Regierungsbereitschaft nur um den Preis von Verjudungen an die Sozialdemokratie erkaufen können. — Der B. Z. berichtet, daß die Festigkeit, die Dr. Brüning gegenüber den parlamentarischen Parteien bewiesen habe, eine neue Stärkung seiner Autorität und seines weltpolitischen Ansehens bedeute. Dieses sei das wirksamste Mittel, um in den ausländischen Finanzkreisen das Vertrauen wiederherzustellen. — Die B. Z. Zeitung spricht von einem Sieg der Verantwortung. Die Krise sei vermieden und die Möglichkeit, die angebahnten außenpolitischen Verhandlungen fortzusetzen, für geraume Zeit gesichert. — Das Berliner Tageblatt sagt, es komme jetzt vor allem darauf an, wie die vorbereitenden Verhandlungen über die Änderung der Rotverordnung geführt würden und nicht minder darauf, wie die Finanzlage in dem Augenblick sein werde, in dem der Haushaltsauschuss zur Änderung der Verordnung zusammentritt.

Die New Yorker Presse über Brüning's Erfolg.

New York. (Funkspruch.) Die diesigen Morgenblätter geben in ihren Leitartikeln einem Gefühl der Erleichterung über die Beilegung der deutschen und englischen Kabinettskrisen Ausdruck. „New York Times“ bemerkt, es sei Grund zur Annahme vorhanden, daß auch die Finanzkrise in Deutschland bald wieder behoben sein werde. „Daily Tribune“ meint, daß die Brüning-Regierung bisher wohl besser Deutschlands Interessen gedient hätte, als dies einer Reichsregierung möglich gewesen wäre.